

„Sans ingérence impérialiste“.

Die Hallstein-Doktrin im Kontext der Unabhängigkeit Togos 1960

Stefan Seefelder

Der deutsche Kolonialismus, der seinen Ausgangspunkt in der imperialen und auf ökonomische Expansion ausgerichteten Politik des wilhelminischen Reichs hatte, verweist auf eine Linie der Kontinuität, die bis in die heutige Gegenwart führt. Das Thema, das bis in die 1990er Jahre durchweg unterrepräsentiert war, erlebt seit der Jahrtausendwende eine Konjunktur, die eine kritische Forschung abseits der früheren, kolonialromantischen Narrative ermöglicht. Nach den verklärenden und offen revisionistischen und revanchistischen Diskursen in der Weimarer Republik und deren verquerer Fortsetzung und ideologischer Anpassung in der Zeit des Nationalsozialismus stellt die Gründung der beiden deutschen Staaten nach dem Zweiten Weltkrieg eine große Zäsur dar¹: zum einen im Blick auf die koloniale Vergangenheit, zum anderen im beginnenden Übergang zu postkolonialen Narrativen, ausgelöst durch die Dekolonisierung und schrittweise Emanzipation der afrikanischen Staaten in den 1950er Jahren.²

Die DDR begann in den 1950er Jahren damit, dezidiert antiimperialistisch und antikolonial aufzutreten und suchte in der Unterstützung afrikanischer und asiatischer Befreiungsbewegungen nach Möglichkeiten, politische Anerkennung zu finden. Der scharfe Kontrast zur kolonialen Vergangenheit des Kaiserreichs, sichtbar in Form von Solidaritätsbekundungen und -aktionen, Forderungen nach sozialen und wirtschaftlichen Reformen, aber auch materieller und ideologischer Unterstützung, machte die DDR (wie auch die UdSSR) zum attraktiven Vorbild und Partner diverser antikolonialer Bewegungen. Durch die Hallstein-Doktrin eingeschränkt und isoliert, ergaben sich für die DDR hier neue Spielräume für das Streben nach internationaler Anerkennung, diplomatischen Beziehungen und der Unterstützung des eigenen Legitimitätsanspruchs.³

Damit verbunden war allerdings auch die Möglichkeit, propagandistisch eine Verbindungslinie vom Kaiserreich über den Nationalsozialismus hin zur Bundesrepublik zu ziehen, während die DDR sich selbst von der Verantwortung freisprechen konnte.⁴

Beispielsweise ist in einem Dokument des DDR-Außenministeriums von 1960 die Rede davon, dass seitens der Bundesrepublik ein ökonomischer und politischer Stützpunkt in

1 Vgl. Linne, Karsten: Deutschland jenseits des Äquators? Die NS-Kolonialplanungen für Afrika. Berlin 2008.

2 Das „Afrikanische Jahr“ 1960 markierte hierbei den Höhepunkt.

3 Schleicher, Hans-Georg: Die Afrikapolitik der DDR. Versuch einer Nachbetrachtung. In: Hofmeier, Rolf (Hrsg.): Afrika-Jahrbuch 1990. Politik, Wirtschaft und Gesellschaft südlich der Sahara. Opladen 1991, S. 33.

Die Hallstein-Doktrin, benannt nach dem Staatssekretär im Auswärtigen Amt Walter Hallstein, bestimmte von 1955 bis 1969 den außenpolitischen Umgang der Bundesrepublik mit der DDR und anderen Staaten: Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur DDR durch Drittstaaten wurde als „unfreundlicher Akt“ aufgefasst und zogen Sanktionen seitens der Bundesrepublik nach sich.

4 Vgl. Bürger, Christiane: Deutsche Kolonialgeschichte(n): Der Genozid in Namibia und die Geschichtsschreibung in der DDR und BRD. Bielefeld 2017, S. 271.

Am Beispiel Namibias erörtert die Autorin die verschiedenen antikolonialen Mythen und ihre Funktion für die Legitimation bzw. Delegitimation der DDR und BRD. So sei z. B. die DDR als „Scheideweg eines jahrhundertelangen Irrwegs“ konstruiert und die Gründungsväter der DDR zu „vehementen Kolonialkritikern“ stilisiert worden.

Togo erlangt werden soll, um die „Hallsteindoktrin und den Bonner Ausschließlichkeitsanspruch“ durchsetzen zu können, während in der westdeutschen Bevölkerung „der alte Kolonialgedanke“ hochgezüchtet werden soll.⁵ Gleichzeitig soll in der Bevölkerung Togos durch die westdeutsche Politik das Bild der „guten Deutschen“ verbreitet werden, die als Kolonialherren wiederkommen müssten, damit es in Togo vorangehe⁶. Zur Untermauerung dieser Theorien wird im Dokument die (Wieder-)Gründung der Partei „Deutsch-Togo-Bund“ genannt, die bereits von Hitler 1938 gegründet worden sei, deren Ziel der „Anschluss“ an Deutschland sei und die durch eigene Schulen Kinder „im Sinne des Faschismus“ erziehen würde.⁷ Dazu wird ein Artikel des *Stern* zitiert, nach dem der „Deutsch-Togo-Bund“ die „Wiedererrichtung der deutschen Kolonialverwaltung“ anstrebe und hierfür in Verbindung mit neonazistischen Vereinen in der Bundesrepublik stehe.⁸ Darüber hinaus gebe es in der gesamten westdeutschen Presse Interviews mit Togoern, die sich nicht die Unabhängigkeit, sondern die deutsche Oberherrschaft wünschten.⁹

Die Bundesrepublik erlangte in der Nachkriegszeit mit einer offensiven Afrikapolitik ökonomischen und politischen Einfluss, nicht zuletzt, da viele (west-)deutsche Handelshäuser, Lieferantennetze, Abnehmer und Kontakteleute den Krieg überstanden hatten und schnell wieder in der Lage waren, Fuß zu fassen.¹⁰ Als im März 1960 die „Deutsche Togo-Gesellschaft“ als Vertretung deutscher Unternehmen gegründet wurde, entstanden in der Folge diverse deutsch-togoische Joint-Ventures, so etwa bei der Produktion von Bier (Schultheiss), Textilien, Infrastruktur (Strabag) und im Transportwesen (Luft-hansa).¹¹

Die Einbindung in die NATO und die EWG brachte weitere Vorteile mit sich: Durch indirekte Investitionen, also etwa den Kauf von in Afrika operierenden Unternehmen anderer europäischer Länder, konnten die Vorteile genutzt werden, die durch deren Status als Kolonialmächte bestanden (also zum Beispiel durch den Kauf eines französischen Unternehmens, das in einer französischen Kolonie präsent war und dort Vergünstigungen genoss).¹²

Die gesellschaftliche und politische Entwicklung der Bundesrepublik brachte so die Möglichkeit mit sich, die hässlichen Seiten der Kolonialära (Zivilisationsmission, „Erziehung zur Arbeit“, etc.) unter den Teppich zu kehren und „normalisierte“ Wirtschaftsbeziehungen zu den Ländern aufzubauen, während die Abgrenzung von und die Aufarbeitung der kolonialen Ära keine Rolle in den westdeutschen Überlegungen spielte. Man erhoffte sich wirtschaftliche Vorteile gerade durch gute Kontakte zu ehemaligen eigenen oder anderen Kolonien.

Der wirtschaftlichen Expansion folgte dann bald eine politische. Das Auswärtige Amt befasste sich erstmals 1953 in einem Positionspapier mit den Einflussmöglichkeiten in Afrika, die „Handel und Wirtschaft bereits erkannt“ hätten.¹³ Das Papier thematisierte

5 Historische und innenpolitische Entwicklung Togos, 3. Juni 1960, PA AA, MfAA, Fiche 1, A 15950, S. 44.

6 Ebd.

7 Ebd., S.45. Der „Deutsch-Togo-Bund“ ist allerdings bereits 1924 entstanden.

8 Ebd.

9 Ebd.

10 Gülstorff, Torben: Trade follows Hallstein? Deutsche Aktivitäten im zentralafrikanischen Raum des Second Scramble, (zugl. Diss. HU Berlin). Berlin 2012, S. 42.

11 Schilling, Britta: Postcolonial Germany. Memories of Empire in a Decolonized Nation. Oxford 2014, S. 107.

12 Ebd.

13 Abteilungsleiter Kordt – Abteilung Länder (Auswärtiges Amt) an das Auswärtige Amt, 2. Juli 1953, PA AA, AA, B 11, Bd. 613, zit. n. Gülstorff, Trade follows Hallstein, S. 52.

explizit die Bedeutung Afrikas als Rohstoffquelle und Absatzmarkt, insbesondere unter dem Eindruck der fortlaufenden Dekolonisierung.¹⁴ Die sich verändernde politische Situation in Afrika machte es allerdings bald erforderlich, die bundesdeutsche Außenpolitik zu verändern: Die Afrikapolitik wurde nun stärker auf die Hallstein-Doktrin und den Kontext des Kalten Kriegs ausgerichtet.¹⁵

Dies wiederum verursachte Schwierigkeiten auf ostdeutscher Seite, denn der Wunsch nach völkerrechtlicher Anerkennung und die Aufnahme bi- und multilateraler Beziehungen standen im Mittelpunkt der DDR-Afrikapolitik. Gülstorff bemerkt hierzu, dass von 1949 bis 1959 Brückenkopf-Handelsvertretungen in Ägypten, Guinea und Ghana errichtet worden seien, die allerdings nicht den gewünschten Erfolg gebracht hätten, wofür die konsequente Durchsetzung der Hallstein-Doktrin auch in diesen Ländern als Ursache ausgemacht worden sei.¹⁶ Die Geschichte der ehemaligen deutschen Kolonie Togo eignet sich besonders dafür, diese von der Blockkonfrontation geprägte Entwicklung im Folgenden zu verdeutlichen: Die angesprochenen Topoi, von der Zurückweisung und ideologischen Instrumentalisierung der kolonialen Vergangenheit in der DDR bis zur Verklärung und Rückbesinnung in der Bundesrepublik, verdichteten sich auch hier zu einem Ringen um wirtschaftlichen und politischen Einfluss in dem jungen westafrikanischen Staat.

Die Republik Togo stellt, gemessen an Größe, Bevölkerungszahl und Ressourcen, einen der kleinsten Staaten Afrikas dar, kann jedoch auf eine wechselvolle Vergangenheit blicken.

Als Teil der sogenannten „Sklavenküste“ Westafrikas erlangte Togo ab dem 16. Jahrhundert traurige Bedeutung für den europäischen Sklavenhandel, durch seine Küste einerseits als Umschlagplatz, andererseits als Quelle für Sklaven, die im Hinterland Togos gefangen wurden. Bis 1884 jedoch blieb das Land, vor allem aufgrund seiner schwierigen geographischen Gegebenheiten an der Küste von direktem europäischen Einfluss verschont. Togo wurde, nachdem am 1. Juli 1884 ein erzwungener Vertrag zwischen einigen Häuptlingen und dem deutschen Generalkonsul Gustav Nachtigal unterzeichnet worden war, zum „Schutzgebiet“ unter deutscher Herrschaft.¹⁷

Obwohl es die kleinste Kolonie des Kaiserreichs war, entwickelte es sich bald zur deutschen „Musterkolonie“, die bis zur Übernahme durch Großbritannien 1914 von größeren Unruhen und Aufständen verschont blieb.¹⁸ 1919 erfolgte die Teilung zwischen Großbritannien und Frankreich in Britisch- und Französisch-Togoland, wobei der britische Teil 1957 zum unabhängig gewordenen Ghana kam und der französische das heutige Togo bildet.¹⁹

Die Forderung nach Unabhängigkeit, die laut Renate Helm bereits während der deutschen Kolonialzeit aufgekommen war, wurde durch die Übertragung Französisch-Togolands als Mandat an Frankreich zunächst wieder zunichte gemacht, sie keimte am Ende der 1940er Jahre jedoch wieder auf²⁰.

14 Ebd.

15 Gülstorff, Trade follows Hallstein, S. 53.

16 Ebd.

17 Laumann, Dennis: A Historiography of German Togoland, or the Rise and Fall of a "Model Colony". In: *History in Africa* 30 (2003), S. 195.

18 Janz, Oliver: 14. Der Große Krieg. Frankfurt am Main 2013, S. 154.

19 Engel, Ulf: Die Afrikapolitik der Bundesrepublik Deutschland 1949–1999. Rolle und Identitäten, (zugl. Habil.schr. Univ. Hamburg). Hamburg 2000, S. 242.

20 Helm, Renate: Politische Herrschaft in Togo. Das Problem der Demokratisierung. Münster 2004, S. 57.

Französisch-Togoland intervenierte in den 1950er Jahren mehrmals bei der UNO, um Druck auf die französische Regierung auszuüben und in die Unabhängigkeit entlassen zu werden, woraufhin es 1956 einen autonomen Status zugebilligt bekam.²¹ Dies und die damit verbundene Einsetzung des frankoloyalen Premierministers Nicolas Grunitzky löste Proteste aus, denn die Forderungen nach vollständiger Unabhängigkeit standen nach wie vor im Raum.²² Dadurch waren Neuwahlen notwendig geworden, die dann 1958 von Sylvanus Olympio und seiner Frankreich-kritischen Partei CUT (Comité de l'unité togolaise) gewonnen wurden, woraufhin in Verhandlungen mit der UN und Frankreich der 27. April 1960 als Tag der Unabhängigkeit festgelegt wurde.²³

Mit der sich abzeichnenden Unabhängigkeit intensivierten sich die Bemühungen der DDR-Regierung, auf kultureller, wirtschaftlicher und politischer Ebene weiterführende Kontakte zu knüpfen: Im Vorfeld der strategischen politischen Einflussnahme standen zunächst informelle Kontakte zwischen diversen eigenständigen, halbstaatlichen und staatlichen Organisationen.

Die Regierung Togos war zwar bemüht, strikte Neutralität zu wahren, doch wurde die Westbindung einerseits durch die französische Verwaltung, andererseits durch die positive Rezeption der deutschen Kolonialherrschaft durch hohe Beamte und Minister forciert. Einige linke und kommunistische Gruppierungen im Land, die sich in Opposition zur Regierung befanden, nahmen diesen Umstand zum Anlass, den Kontakt mit der DDR zu suchen. Allerdings waren auch sie der Vergangenheit im deutschen Kolonialreich nicht ablehnend gegenüber eingestellt, vielmehr nahmen sie explizit positiv Bezug darauf, wie noch zu sehen sein wird. Daher übersandte der Generalsekretär der „Unité D'Action De La Jeunesse Togolaise“ (Aktionseinheit der Jugend von Togo, UAJT), Michel D. Ayih, am 16. April 1958 einen Brief an den Vorsitzenden des Ministerrates der DDR Otto Grotewohl, mit der Bitte, pro Jahr vier Stipendienplätze an Studenten aus Togo zu vergeben, und darüber hinaus Jugendliche aus Togo zur Ausbildung in Landwirtschaft und Technik einzuladen²⁴. Bemerkenswerterweise wird von Ayih mit den Worten „[...] l'oeuvre accomplie par l'Allemagne, pour l'évolution et l'émancipation de mon pays, conserve jusqu'à nos jours des vestiges, dans tous les domaines, économiques, sociaux, culturels [...]“ an die koloniale Vergangenheit appelliert.²⁵ Um die Authentizität des Schreibens zu unterstreichen, verweist Ayih am Schluss darauf, „[...] que seul le régime social de l'Allemagne de l'est, peut valablement, assouvir le dessein qu'elle nourrit.“²⁶ Im Juli erfolgte schließlich die Antwort des Genossen Schulze von der Abteilung Ausländerstudium des Zentralrats der FDJ, der die Aufnahme von jeweils zwei Studenten aus Togo und Kamerun befürwortete.²⁷ Die Jugendorganisation „Mouvement de Jeunesse Togolaise“ (Jugendbewegung Togos, JUVENTO) bewarb sich im Jahr darauf um die beiden Stipendien, was nach Rücksprache mit sowjetischen Stellen, die den selben Brief erhalten hatten, abgelehnt wurde, da es sich um „Halbwüchsige [handle],

21 Ebd.

22 Ebd.

23 Ebd.

24 Bittschreiben Michel D. Ayih an Otto Grotewohl, 16. April 1958, PA AA, MfAA, Fiche 1, A 15907, S. 1.

25 „[...] dass das von Deutschland für die Evolution und die Emanzipation meines Vaterlandes geschaffene Werk bis in unsere Tage auf allen Gebieten des wirtschaftlichen sozialen und kulturellen Lebens Spuren bewahrt hat [...]“, ebd.

26 „[...] dass nur das soziale Regime Ostdeutschlands die Absichten, die es verfolgt, verwirklichen kann.“, ebd., S. 2.

27 Antwort Schulzes an den Genossen Vesper, Länderreferat Afrika, 31. Juli 1958, ebd., S. 7.

deren Pläne und Absichten nicht ernst zu nehmen seien.“²⁸. Die JUVENTO konzentrierte ihre Aktionen hauptsächlich gegen die französische Kolonialverwaltung, was sie mit einem allgemeinen Eintreten gegen Imperialismus verband, und opponierte gegen Olympio aufgrund dessen geringen Widerstands gegen Frankreich.²⁹

Aus den Überlieferungen geht nicht hervor, inwieweit die Vertreter der UAJT über die Verhältnisse in der DDR bzw. den Umstand der deutschen Teilung informiert waren, oder ob sie tatsächlich aus ideologischen Gründen an einem Aufenthalt interessiert waren. Am 15. Dezember 1960 entstand eine Ergänzung zum Aktenvermerk des MfAA, in dem näher auf die verschiedenen Jugendorganisationen eingegangen und eine Zusammenfassung vorgelegt wurde.³⁰ Neben der Frauenorganisation, der als „reaktionärfaschistisch“ eingestuften „Jeunesse libre togolaise“, der „Olympio-Jugend“ und der „Jeunesse socialiste togolaise“ wird hier die JUVENTO genannt. Sie sei 1952 gegründet worden, soll der Träger der Bewegung gegen Frankreich gewesen sein und besitze durch ihre Opposition zu Olympio großen Einfluss in der Bevölkerung, die von der Politik enttäuscht ist.³¹ Weiterhin habe die Juvento bisher keine internationalen Beziehungen, da es Angst vor einem Verbot bei Kontakt mit sozialistischen Ländern gebe, sie unterhalte aber ebenfalls keine West-Kontakte.³²

Die Vergabe von Stipendien an togoische Studenten wurde auch in den folgenden Jahren restriktiv gehandhabt, ein Bericht der für Afrika zuständigen 4. Außereuropäischen Abteilung (4. AEA) vom April 1962 enthält einen Vermerk darüber, dass „z. Zt. 13 Studenten und 2 Krankenschwestern“ auf Betreiben verschiedener Institutionen in der DDR studierten.³³ Der FDGB, der Kontakte zur togoischen Gewerkschaft UNTT hatte, hatte sechs Mitgliedern die Ausbildung an der Gewerkschaftsschule Bernau ermöglicht, im Bericht ist allerdings resigniert die Rede davon, dass die Beziehungen zur UNTT nicht vertieft worden seien, da „[...] von ihren Funktionären im wesentlichen materielle Forderungen und Wünsche zur Ausbildung von 50 Studenten gestellt wurden.“³⁴

Weiterhin durchliefen drei Togoer über den Deutschen Turn- und Sportbund (DTSB) einen Sonderlehrgang der Deutschen Hochschule für Körperkultur (DHfK), mit diesen bestehe eine „lose Briefverbindung“.³⁵ Auf der Leipziger Frühjahrmesse 1961 waren auf Einladung des Verbands Deutscher Konsumgenossenschaften (VDK) zwei Vertreter

28 Bittschreiben des JUVENTO-Nationalkomitees, 11. Dezember 1959, Ebd., S. 9, sowie die Antwort vom 4. AEA des MfAA, ebd., S. 11.

Die JUVENTO-Mitglieder wollten erfahren, wie man „[...] innerhalb weniger Tage „eine Revolution machen könne“, um die Regierung Olympio zu stürzen“, was auf dementsprechende Skepsis bei den Verantwortlichen in der DDR und der Sowjetunion stieß.

29 Einige Informationen über die gegenwärtige Lage in Togo, 19. Dezember 1961, BArch Berlin, DY/34/8266.

Die wurde von Olympio mit Massenverhaftungen der JUVENTO-Führer quittiert.

30 Ergänzung zum Aktenvermerk vom 27.10.60, 15. Dez. 1960, PA AA, MfAA, Fiche 1, A 15950, S. 50 f.

31 Ebd.

32 Ebd.

33 Jahresbericht 1961 der 4. Außereuropäischen Abt. über die innen-, außenpolitische und wirtschaftliche Entwicklung Togos sowie über die Beziehungen der DDR zu Togo, April 1962, PA AA, MfAA, Fiche 1, A 15909, S. 5.

34 Ebd., S. 4 u. Historische und innenpolitische Entwicklung Togos, ebd., S. 17.

Bei der UNTT (Nationaler Bund der Werktätigen Togos) handelte es sich um einen von zwei Gewerkschaftszusammenschlüssen Togos. Nachdem die UNTT unter Polen Akuete 1959 einen regierungsfreundlichen Kurs eingeschlagen hatte, spaltete sich ein der JUVENTO nahestehender linker Flügel unter Gregoire Kouessan ab, der 1961 für illegal erklärt wurde.

35 Ebd.

der togoischen Genossenschaften anwesend, die sich positiv über ihre Erlebnisse äußerten, allerdings keine Briefe des VDK beantwortet hätten.³⁶ Zwei Togoer seien an der FDJ-Hochschule ausgebildet worden und hätten danach ein Studium in der DDR begonnen.³⁷ Schlussendlich sei der Generalsekretär der „Aspreto“, Seddor, in die DDR gereist und habe bei der VDJ um Unterstützung gebeten, was positiv beschieden wurde und zu einem Briefaustausch führen sollte.³⁸

Am 27.10.60 wurde in einem Dokument, das den Stand der Zusammenarbeit mit den Jugendorganisationen Togos beschreibt, festgestellt, dass der FDJ-Zentralrat (wie erwähnt) Verbindungen zur regierungsfeindlichen JUVENTO unterhält und dass es darüber hinaus eine „Gesellschaft für kulturelle Verbindungen der DDR mit dem Ausland“ und das Komitee Togo–DDR gebe³⁹. Durch den nigerianischen Studenten Kolagbodi erfuhren die Behörden, dass die „jeunesse socialiste togolaise“ existiere, weshalb empfohlen wurde, diesen weiter zu befragen und eine Anfrage beim Sekretär der Gesellschaft für kulturelle Verbindungen Togos mit dem Ausland, Akakpo, einzureichen.⁴⁰ Was daraus folgte, geht aus der Überlieferung nicht hervor.

Parallel hierzu sandten verschiedene DDR-Organisationen diverse Telegramme und Briefe verschiedensten Inhalts nach Togo, meist jedoch, ohne eine Antwort zu erhalten.

Der Konflikt mit Ghana

Infolge der Unabhängigkeit Ghanas, das durch die durch Volksabstimmungen abgesicherte Zusammenführung der englischen Kolonien Goldküste und Britisch-Togoland entstanden war, entstand Ende der 1950er Jahre ein potentiell gefährlicher Konfliktherd für die togoische Verwaltung unter Olympio.⁴¹ Verdeutlicht wird dies anhand der Nachricht, die die neu eingerichtete Handelsvertretung in Ghana an das 4. AEA am 20. November 1959 sandte und in der über eine Reise des ghanaischen Ministerpräsidenten N'krumah durch die Voltaregion (an der Grenze zu Togo) im Oktober berichtet wird. N'krumah habe dabei erklärt, die Grenze zwischen Ghana und Togo sei künstlich und sein Ziel sei es, nach der Unabhängigkeit Togos im nächsten Jahr mit den politischen Führern zu verhandeln, um einen Plan zu einer „vollständigen Integration Ghanas und Togolands“ auszuhandeln.⁴² Dieser Vorschlag sei umgehend von Ministerpräsident Olympio scharf zurückgewiesen worden, woraufhin die ghanaische Presse eine Kampagne gegen die politische Führung Togos initiiert habe.⁴³ Es wird darum gebeten, „[...] diese Entwicklung zu berücksichtigen, wenn Pläne für die Entwicklung von Beziehungen zum jetzigen Französisch-Togoland mittels der Handelsvertretung in Ghana ausgearbeitet werden.“⁴⁴

Dieser Vorfall löste auch auf Seiten der westdeutschen Diplomaten zunächst Besorgnis aus, der Botschafter in Ghana, Carl Stein, berichtete von einem Gespräch mit Pedro Olympio, dem Vetter des designierten Präsidenten Sylvanus, in dem dieser die Gefahr

36 Ebd.

37 Ebd.

38 Ebd.

39 Einschätzung der Lage der Jugendorganisationen in Togo, 27.10.1960, Fiche 1, A 15950, S. 49.

40 Ebd.

41 So verfasste die Handelsvertretung der DDR in Ghana am 2. November 1959 eine kurze Einschätzung des Verhältnisses zwischen Ghana und Togo, Handelsvertretung der Deutschen Demokratischen Republik in der Republik Ghana, an das MfAA, 4. AEA, Betr.: Ghana-Togo, Mikrofiche, PA AA, MfAA, Fiche 1, A 15910, S. 32–36.

42 Handelsvertretung der Deutschen Demokratischen Republik in der Republik Ghana, an das MfAA, 4. AEA, Betr.: Kurzinformation über die Beziehungen Ghanas zu Togo, ebd., S. 38.

43 Ebd.

44 Ebd.

eines von Ghana initiierten Putschs in Togo darlegte.⁴⁵ Pedro Olympio sei der Meinung, die Integrationswünsche Ghanas erinnerten an Hitlers Vorgehen gegen das Sudetenland, weshalb Sylvanus auf dem Weg nach Paris sei, um eine Militärallianz mit Frankreich zu vereinbaren.⁴⁶ Der westdeutsche Botschafter in Togo, Alexander Török, betrachtete die Situation allerdings gänzlich anders und schrieb den Bericht Pedro Olympios dem belasteten Verhältnis zu seinem Vetter zu (Pedro hatte 1951 die „Togolesische Volkspartei“ gegründet und stand seitdem in Opposition zu Sylvanus), der ihn zu offiziellen Veranstaltungen nicht mehr einlud.⁴⁷ Weiterhin sei die Motivation Ghanas, einerseits festzustellen, ob es Anhänger der Vereinigung in Togo gebe, andererseits zu verhindern, dass die nationale Zugehörigkeit der Voltaregion (und der dort lebenden Ewe) von Togo vor der UN erneut zur Diskussion gestellt werde.⁴⁸

Diese kurze außenpolitische Episode macht deutlich, wie die Beziehungen Togos zu beiden deutschen Staaten jeweils gelagert waren: Während die DDR-Diplomaten nur über ihre Handelsvertretung in Accra indirekten Zugriff zu Informationen hatten, konnten sich die westdeutschen Diplomaten direkt in Lomé an die togoische Regierung wenden. Dass allerdings weder auf ost- noch westdeutscher Seite im jeweiligen Sinn eingegriffen wurde, zeigt die machtpolitischen Strategien auf. Die DDR konnte weder die ghanaische noch die togoische Regierung verprellen, um einerseits nicht den „Stützpunkt“ Accra zu verlieren, andererseits die zukünftigen Kontakte nach Togo zu ermöglichen. Für die Bundesrepublik galt das in geringerem Maße, doch ist offensichtlich, dass das Stillhalten für die Behinderung der DDR-Aktivitäten am nützlichsten erschien.

Parallel zu diesem Vorfall begannen die Diplomaten beider deutscher Staaten zunehmend auf die Präsenz und Aktivitäten der jeweils anderen aufmerksam zu werden. Im Februar 1960 machte eine Delegation unter Gerald Götting, Vorsitzender des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten der DDR-Volkskammer, und Robert Havemann, später Regimekritiker und aus der SED ausgeschlossen, eine Reise durch Togo. Ziel dieses größten Versuchs der Kontakthanbahnung war es, ein Treffen mit Olympio zu erwirken. Die Delegation, die zuvor bei Albert Schweitzer in Lambaréné zu Besuch gewesen war, sandte am 4. Februar ein Telegramm an Olympio persönlich, um den Besuch anzukündigen.⁴⁹ Dieser antwortete, die Mitglieder der Delegation seien immer herzlich willkommen, sollten sich aber wegen der Einreise an Frankreich wenden, da auswärtige Beziehungen nach wie vor dessen Angelegenheit seien. Nachdem die Delegation dann am 11. Februar in Lomé eintraf, musste sie feststellen, dass Olympio ins Landesinnere gereist war und sie stattdessen von Außenminister Paulin Freitas empfangen wurde.⁵⁰ Im Verlauf des Gesprächs mit Freitas erläuterten die Mitglieder der Delegation diesem den Wunsch der DDR nach diplomatischen Beziehungen mit Togo, erklärten aber auch, dass Beziehungen zu beiden deutschen Staaten „[...] auch in gewisser Hinsicht dazu beitragen können, der friedlichen und demokratischen Wiedervereinigung Deutschlands zu dienen.“⁵¹ Dass das Gespräch auf diese Art geführt wurde, war sicherlich taktischer Natur, denn kurz darauf schreibt Havemann, dass Freitas darüber sehr glücklich gewesen sei, denn er habe befürchtet, dass, „nach Bonner Muster“, nur Beziehungen zur DDR Thema sein würden.⁵² Havemann erwähnt weiterhin, dass die Beziehungen einen

45 Telegramm Carl Steins an das Ref.114 des AA, 28. März 1960, PA AA, B 130, Bd. 4773A.

46 Ebd.

47 Chi-Brief Töröks an das Ref. 114 des AA, 12. April 1960, B 130, Bd. 4773A.

48 Ebd.

49 Reisebericht Besuch der Delegation Götting/Havemann bei der Regierung der Republik Togo (französische Treuhandschaft) in Lomé, Mikrofilm, Barch Berlin DC 20/86174, S. 1.

50 Ebd., S. 6.

51 Ebd. S. 8.

52 Ebd.

„neuen Charakter“, verglichen mit denen des kolonialistischen und imperialistischen Deutschlands hätten, woraufhin Freitas allerdings „sehr ausführlich“ die wilhelminische Kolonialpolitik verteidigt habe.⁵³ Dies sei unbedingt zur Einschätzung der Lage zu berücksichtigen, denn solche Einstellungen „[...] werden wohl weiter verbreitet sein, als wir vermuten.“⁵⁴ Das Fazit des Besuchs fiel für Havemann durchaus positiv aus, so seien die Beziehungen nun schnell zu festigen, da man damit rechnen müsse, dass Westdeutschland sie sonst wieder zerstöre. Die offizielle Neutralität Togos wurde als Vorteil gesehen, da „diese afrikanischen Völker“ kein Verständnis dafür hätten, von Westdeutschland mit fortwährender Hetze gegen die DDR belästigt zu werden.⁵⁵ Havemann empfahl zum Schluss, eine Regierungsdelegation zu den Unabhängigkeitsfeierlichkeiten am 27. April zu entsenden⁵⁶. Besonderes Augenmerk liegt hierbei auf der Formulierung, Beziehungen zu beiden deutschen Staaten seien dem Frieden und der Wiedervereinigung dienlich. Einer westdeutschen Einschätzung nach sei dies Teil einer Verleumdungskampagne, mit der die DDR Einfluss in Afrika gewinnen wolle.⁵⁷ Dem Muster, die deutsche Teilung zu einem europäischen Konflikt zu erklären, in dem sich afrikanische Länder besser neutral verhalten und daher Beziehungen zu beiden deutschen Staaten aufnehmen sollten, wurde eine „gewisse Zugkraft“ zugemessen.⁵⁸ Weiterhin haben Verweise auf eine „koloniale Abhängigkeit“ eines Teils von Deutschland und auf das Selbstbestimmungsrecht „bei den Afrikanern ein bemerkenswertes Verständnis gefunden“⁵⁹.

Die Strategie, den eigenen Status mit dem antikolonialen Unabhängigkeitskampf der afrikanischen Staaten zu verbinden, war in Togo allerdings wenig erfolgreich, da dort, wie gezeigt, die Kolonialzeit insgesamt nicht sehr kritisch betrachtet wurde. Die Reise der Götting-Havemann-Delegation erfuhr eine geringe Rezeption aufseiten der westdeutschen Diplomaten, es wird nur erwähnt, dass wegen Visamissbrauchs (die Delegation war mit einer dem Pass beigelegten „Attestation“ eingereist) keine Visaanträge für den erwarteten Besuch zu den Unabhängigkeitsfeierlichkeiten ausgegeben werden sollen.⁶⁰ Dennoch machte sich am 25. April 1960 eine Delegation ostdeutscher Diplomaten, die offiziell als „Touristen“ über Accra nach Togo eingereist waren, nach Lomé auf, um an den Unabhängigkeitsfeiern teilzunehmen. Diese sogenannte Seitz-Delegation hatte den Auftrag, ein Glückwunschtelegramm Wilhelm Piecks an Sylvanus Olympio zu überreichen sowie eine Unterredung mit ihm zu führen.⁶¹ Seitz konstatierte, dass Vertreter Olympios enttäuscht über ihre Ankunft gewesen seien, denn es herrsche ein „äußert starker westdeutscher Einfluß“⁶². Die Delegation habe zwar „alles vermieden, um diskriminiert und offiziell abgelehnt zu werden“, dennoch war ihnen kein Erfolg beschieden, und sie reisten unverrichteter Dinge wieder ab⁶³.

Am nächsten Tag berichtete Seitz in einem Telegramm über die Frage eines westdeutschen Journalisten an Olympio, ob es Beziehungen zur DDR gebe, woraufhin dieser nur

53 Ebd., S. 9.

54 Ebd.

55 Ebd., S. 12.

56 Ebd.

57 Betr.: Gefahr der Anerkennung der SBZ durch neu entstandene afrikanische Staaten, PA AA B 130, Bd. 4791A, S. 1.

58 Ebd.

59 Ebd.

60 Chi-Brief an das Deutsche Konsulat in Dakkar, Außenstelle Togo, 17. März 1960, B 130, Bd. 4773A.

61 Telegramm des Genossen Seitz an Minister Schwab vom 29. April 1960, Barch Berlin, DC 20/86174. Es handelte sich hierbei um den Sekretär der SED-Bezirksparteiorganisation im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten Christoph Seitz, der 1961 nach Westdeutschland flüchtete.

62 Ebd.

63 Ebd.

mit „Bisher Beziehungen zu Westdeutschland“ geantwortet habe und er und die Regierung die „Frage“ erst studieren müssten.⁶⁴ Auf westdeutscher Seite war das nicht unbeachtet geblieben, daher sandte Botschafter Török am 5. Mai ein Telegramm nach Bonn, in dem der Auftrag von Seitz erläutert wird.⁶⁵ Török habe Olympio am 28. April den Standpunkt der Bundesregierung zur Frage der Anerkennung der Sowjetzone „in aller Deutlichkeit“ noch einmal vorgebracht.⁶⁶ Olympio habe geantwortet, „[...] von den Erpressungsversuchen Pankows endgültig genug [...]“ zu haben und zu wünschen, „[...] von ihnen in Ruhe gelassen zu werden.“⁶⁷ Er erklärte weiter, die Seitz-Delegation nicht zu empfangen und vielleicht einen Kabinettsbeschluss herbeiführen zu wollen, der die alleinige Anerkennung der Bundesrepublik beinhalte.⁶⁸

Es wird deutlich, dass die offizielle Neutralität der togoischen Regierung nach und nach erodierte, insbesondere nach der Unabhängigkeit. Wo vorher Desinteresse bzw. Skepsis der DDR gegenüber vorherrschte, wandelte sich dies nun in zunehmend offene Ablehnung. Im Gegensatz zu seinem Außenminister Freitas hatte Olympio ganz andere Ansichten über die Beziehungen zur DDR, wobei die Positionen und politischen Aktivitäten der JUVENTO und der UNTT eine Rolle spielen mochten. Ein Hinweis darauf findet sich in einer Aktennotiz vom 5. Dezember 1963, in der die UNTT-Delegierten Silete und Seibou, die am 6. FDGB-Kongress im November teilnahmen, von einem starken Einfluss des DGB auf die UNTT seit 1960 berichteten.⁶⁹ Gleichzeitig sei die Gewerkschaftsarbeit nur unter den Prinzipien der Regierung möglich, sodass der DGB, als westdeutsche Organisation, eine wesentlich geringere Angst vor einer gewerkschaftlichen Opposition evozierte als der FDGB.

Nach der Unabhängigkeit

Nach der Unabhängigkeit begann das MfAA deutlich nervös zu werden, wie aus einem Telegramm des Diplomaten Hans Georg Steltzers an die Botschaft der Bundesrepublik in Lomé hervorgeht: Dort heißt es, die SBZ-Regierung befürchte, dass die Bundesrepublik durch ihre Politik der Entwicklungshilfe ein Gegenstück zu Guinea, das mit der SBZ enge Wirtschaftsbeziehungen unterhalte, zu etablieren versuche.⁷⁰ Die „psychologischen Voraussetzungen“ für eine Entwicklungshilfe durch die sozialistischen Länder seien nicht günstig, daher hoffe man, die Afrikapolitik der Bundesrepublik werde sich mit der von Frankreich identifizieren und so das Verhältnis zu Togo belasten.⁷¹

Die Überlieferung zeigt, dass nach der erfolgten Unabhängigkeit und der mehrfachen Zurückweisung der Delegationen keine wesentlichen Versuche mehr unternommen wurden, um eine diplomatische Anerkennung durch Togo zu erreichen. Abgesehen vom Austausch von Höflichkeiten in Form von Gruß- und Glückwunschtelegrammen, etwa zu Jahrestagen der Unabhängigkeit oder Silvester, fanden gegenseitige Besuche nur noch im Rahmen der gewerkschaftlichen Zusammenarbeit oder bei besonderen Anlässen statt.⁷² Ein Hoffnungsschimmer ergab sich noch 1962, als der Widerstand gegen die

64 Telegramm des Genossen Seitz an 4. AEA, Accra, 30. April 1960, ebd.

65 Telegramm Alexander Töröks an Ref. 114 des AA, PA AA, B 130, Bd. 4773A.

66 Ebd.

67 Ebd.

68 Ebd.

69 Aktennotiz über eine Aussprache mit der Delegation aus Togo, 5. Dezember 1963, BArch Berlin, DY/34/8266.

70 Chi-Brief Steltzer an das Auswärtige Amt, Betr. SBZ-Politik gegenüber Togo, 19. August 1960, PA AA, B 130, Bd. 4773A.

71 Ebd.

72 Vgl. BArch Berlin DA/5/12426.

„Sahara-Bombe“ (französische Kernwaffentests in der algerischen Sahara) in Afrika zunahm. Erneut wurde versucht, „[...] der togolesischen Regierung den Standpunkt der DDR zum Abschluß eines deutschen Friedensvertrages und der friedlichen Lösung der Westberlin-Frage nahezubringen, und auf diese Weise zumindest die bisherige Haltung der togolesischen Regierung in dieser Frage erschüttern [sic!]. Diese Probleme sind in unseren Darlegungen unbedingt mit den bestehenden Gemeinsamkeiten, wie Fragen über Abrüstung und atomwaffenfreie Zone, zu verbinden.“⁷³ Damit wird auf die Einschätzung Bezug genommen, dass die togoische Regierung in diesen Punkten eine „Position ähnlich den afrikanischen neutralen Staaten“ habe und sich dadurch „[...] für die sozialistischen Länder Ansatzpunkte zur Gestaltung der Beziehungen zu Togo“ eröffneten, allerdings blieb dieser Ansatz folgenlos.⁷⁴

Eine inoffizielle Zusammenarbeit fand hauptsächlich noch auf der Ebene der Gewerkschaften statt, jährlich gelangten einige wenige Studenten aus Togo in die DDR. Daran sollte sich bis zum Beitritt der DDR zum Wiener Übereinkommen über diplomatische Beziehungen am 2. Februar 1973 auch nur noch wenig ändern.⁷⁵

Fazit

Wie sich gezeigt hat, hatte das „Afrikanische Jahr“ 1960 großen Einfluss sowohl auf den Umgang der Bundesrepublik und der DDR miteinander als auch auf deren jeweilige Afrikapolitik. Es kann in diesem Rahmen zwar kein umfassendes Bild der deutsch-deutschen Konfrontation in Togo gezeichnet werden (etwa die weitere Entwicklung ab 1973), sodass es daher weiteren vergleichs- und verflechtungsgeschichtlichen Arbeiten überlassen bleibt, die Lücken zu füllen. Es lässt sich allerdings sagen, dass Togo, angesichts seiner Größe und Bevölkerungszahl, zwar nie eine große Rolle in den politischen und wirtschaftlichen Überlegungen beider deutscher Staaten gespielt hat, aber dennoch auf zweifache Weise ein Sonderfall war: Zum einen spielte die Vorgeschichte des Landes als deutsche Kolonie eine wichtige Rolle beim Umgang der drei Regierungen miteinander, zum anderen verdeutlicht sich die tatsächliche Praxis der Hallstein-Doktrin in Togo gerade aus diesem Grund.

Die Versuche der DDR, durch Briefe, Telegramme und Delegationen einen dauerhaften Kontakt zu etablieren, wurden in der Regel mit höflichen, aber ausweichenden Antworten quittiert. Selbst Minister Freitas, der im Gespräch eine gewisse Sympathie für die DDR hat durchblicken lassen, äußerte sich zurückhaltend und wenig konkret zu den Plänen, diplomatische und wirtschaftliche Kontakte aufzunehmen. Was Olympios von der DDR hielt, wird klar, wenn er sich beim westdeutschen Botschafter über die „Erpressungsversuche Pankows“ beschwert. Recht schnell gab man daher aufseiten der DDR die Versuche auf, eine Vormachtstellung in Togo aufzubauen, so wie dies etwa zunächst in Guinea gelungen war. Nichtsdestotrotz gelang es, mit oppositionellen und „fortschrittlichen“ Kräften, wie der linken UNTT unter Kouessan oder der JUVENTO, zusammenzuarbeiten, obwohl es hierbei hauptsächlich um materielle Unterstützung ging. Die Gründe, aus denen sich der antikoloniale Impetus etwa der JUVENTO vornehmlich auf Frankreich und nicht Deutschland erstreckte, sind in ihrer Konstitution als Jugendorganisation zu sehen, keines der Mitglieder war alt genug, um die deutsche

73 Jahresbericht 1961 der 4. Außereuropäischen Abt. über die innen-, außenpolitische und wirtschaftliche Entwicklung Togos sowie über die Beziehungen der DDR zu Togo, April 1962, Fiche 1, A 15909, S. 6.

74 Ebd., S. 2.

75 Am 24. August 1973 wurde Johannes Schöche dann zum Außerordentlichen und Bevollmächtigten Botschafter der DDR in Lomé ernannt, Vgl. BArch Berlin, DA/5/12426.

Herrschaft noch miterlebt zu haben. Was den Ideologieexport betrifft, fiel der „real existierende Sozialismus“ auf wenig fruchtbaren Boden, denn die JUVENTO verstand sich vornehmlich als antifranzösische Gruppierung, die in ihrer Rolle innerhalb der außerparlamentarischen Opposition gegen Olympio einen schärferen Kurs gegen Frankreich durchsetzen wollte, aber keine kommunistische Herrschaft anstrebte. Einzig linke Vertreter der UNTT waren an Gesprächen und Besuchen interessiert, allerdings meist aus materiellen und weniger aus ideologischen Gründen; zudem wurden sie dafür von Olympio unterdrückt und verfolgt.⁷⁶

Es lässt sich weiterhin nicht belegen, dass die Regierung Togos irgendeine Form von Interesse an wirtschaftlicher Unterstützung durch die DDR gezeigt hätte, die Gründe dafür liegen wohl einerseits in der Sorge vor einer zu starken Abhängigkeit von der DDR, andererseits in der Furcht vor den Konsequenzen, sollte die Bundesrepublik daraufhin die Beziehungen beenden.

Für die Bundesrepublik bedeutete der erfolgreiche Vorstoß nach Togo die Möglichkeit, dort wirtschaftlich und politisch Fuß zu fassen, allerdings ohne kritische Rückschau auf die koloniale Vergangenheit. Die Behinderung der Gewerkschaftsarbeit und die feindselige Ablehnung von oppositionellen Gruppen wie der JUVENTO durch Olympio wurde in den Gesprächen geflissentlich ausgeklammert, stattdessen beharrte man nur auf der Gefahr, die der DDR-Einfluss mit sich bringen würde. Wirtschaftliche und politische Interessen waren auf westdeutscher Seite zu wichtig, um den Konflikt mit Olympio zu suchen und damit die Prinzipien der Hallstein-Doktrin zu gefährden.

Es lässt sich zusammenfassend sagen, dass die Anwendung der Hallstein-Doktrin in Togo ein voller Erfolg für die Bundesrepublik war: Es gelang der DDR-Diplomatie nicht, ihre antikolonialen und antiimperialistischen Positionen in politisches Kapital umzuwandeln, da einerseits Westdeutschland inoffiziell als das „legitime“ Deutschland betrachtet wurde, andererseits weiterhin Sympathien für die Kolonialherrschaft bei den Regierungseliten und Teilen der Bevölkerung vorhanden waren.⁷⁷

Diese Gemengelage machte es für die DDR unmöglich, auch nur ansatzweise die weitreichenden Pläne einer Umgehung der Hallstein-Doktrin über den Umweg Afrika zumindest in Togo umzusetzen.

76 Telegramm des FDGB an die Regierung Olympios, 21. Februar 1962, BArch Berlin, DY/34/8266.

77 Jahresbericht 1961 der 4. Außereuropäischen Abt. über die innen-, außenpolitische und wirtschaftliche Entwicklung Togos sowie über die Beziehungen der DDR zu Togo, April 1962, Mikrofiche, PA AA, MfAA, Fiche 1, A 15909, S. 3.

Beinahe resigniert werden die Wichtigkeit der Beziehungen zu Westdeutschland, welches seinen Export nach Togo 1960 um das siebenfache im Vergleich zu 1959 erhöht habe, und die Ansicht der togoischen Regierung, Westdeutschland als einzige legitime Vertretung Gesamtdeutschlands zu betrachten, erwähnt.